



Resolution

Friedensresolution zur Ukraine

Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationale
vom 5. und 6. Juli 2022

Bezugnehmend auf und in Übereinstimmung mit den vom [8. BI-Kongress in Bangkok 2019](#) und den
von der [EGBW-Konferenz 2020](#) und der Außerordentlichen EGBW-Konferenz 2021 verabschiedeten
Resolutionen:

Stellt diese Außerordentliche EGBW-Konferenz mit Besorgnis fest:

1. Die am 24. Februar 2022 begonnene militärische Großoffensive der Russischen Föderation gegen die souveräne Ukraine hat eine der größten humanitären Krisen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht, tausende Menschen die Gesundheit oder das Leben gekostet und Millionen vertrieben. Der ungerechtfertigte Krieg hat millionenfach Familien auseinandergerissen, Menschen aller Altersgruppen traumatisiert, den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen sowie die Weiterbildung ukrainischer Bürgerinnen und Bürger und anderer Menschen unterbrochen, ihr Zuhause und ihre Zukunft zerstört.
2. Der Krieg hat katastrophale Folgen für die gesamte ukrainische Wirtschaft, einschließlich des Bildungssektors. Bildungseinrichtungen sind zerstört, soziale Hilfsnetze zerrissen und Sozialdienste bis zum Äußersten strapaziert. Selbst wenn es zu einer friedlichen Lösung kommt, wird es Jahre dauern, bis die Wirtschaft, die grundlegende Infrastruktur und das Bildungssystem wiederaufgebaut sind.
3. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine erlebt Europa eine enorme Fluchtwelle. Mit der Eskalation des Krieges werden wahrscheinlich weitere Menschen millionenfach gezwungen sein, aus der Ukraine zu fliehen und jenseits der Grenzen Zuflucht zu suchen. Damit erhöht sich die bereits jetzt beispiellose Zahl von 31 Millionen Geflüchteten und Asylsuchenden weltweit weiter. Die meisten Vertriebenen gehen in ukrainische Nachbarländer wie Polen, Rumänien, Moldau, die Slowakei und Ungarn und einige von ihnen von dort aus weiter in westliche EU-Staaten oder in andere Länder. Die Einreise Millionen Geflüchteter, überwiegend Frauen und Kinder, viele von letzteren unbegleitet, stellt eine große Herausforderung für die Bildungssysteme und Gesellschaften in ganz Europa dar, die bereits mit den Auswirkungen der Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen haben.
4. Es gibt Berichte über Diskriminierung und Rassismus gegenüber einigen Geflüchteten bei der Überquerung der Grenze zu bestimmten EU-Ländern. So wird beispielsweise Geflüchteten of

38 Color (die häufig Studierende sind), LGBTI-Personen und Staatsangehörigen bestimmter
39 Länder auf der Flucht vor politischer Verfolgung und anderen Gruppen die Einreise verweigert.

40 5. Es darf nicht unterschätzt werden, dass kein Kind in Europa von den Nachrichten über den
41 Krieg verschont bleibt, zumal sie in ihren Klassenzimmern direkt erleben, welche Folgen der
42 Krieg für ihre unmittelbar betroffenen ukrainischen Mitschülerinnen und Mitschüler hat.

43 6. Unsere Mitgliedsorganisationen, darunter auch aus der Ukraine, haben enorme
44 Anstrengungen unternommen, um Geflüchtete und deren Kinder bei der Bewältigung des
45 Kriegstraumas zu unterstützen. Diese Maßnahmen sollten auf eine langfristige strategische
46 Basis gestellt werden.

47 7. Die Gräueltaten und die barbarischen Übergriffe russischer Soldaten auf das ukrainische Volk
48 belegen, dass die Menschenrechte und die Würde Einzelner nicht im Geringsten geachtet
49 werden, und spiegeln das mangelnde Demokratieverständnis in der russischen Führung wider.

50 8. Die Lage des Bildungswesens in den von Russland besetzten Gebieten ist schwierig. Lokale
51 Quellen berichten, dass es der Bevölkerung verboten ist, die besetzten Gebiete zu verlassen
52 und ukrainische Bildungseinrichtungen zu besuchen. Es gibt auch Berichte über die
53 Zwangsumsiedlung ukrainischer Kinder nach Russland und die Beschlagnahmung ukrainischer
54 Literatur und ukrainischer Geschichtsbücher in Bibliotheken.

55 **Die EGBW-Mitgliedsorganisationen bekräftigen ihre Solidarität mit dem**
56 **Bildungspersonal, den Schülerinnen und Schülern, den Studierenden, den**
57 **Bildungsgewerkschaften und der Bevölkerung der Ukraine und fordern:**

58
59 1. Die sofortige Einstellung aller militärischen Operationen, den Abzug aller russischen Truppen
60 aus der Ukraine, eine friedliche Lösung des Konflikts, die auf Dialog, der Achtung der
61 Menschenrechte, der Achtung der territorialen Integrität der Ukraine und auf Toleranz
62 basiert.

63 2. Die Verurteilung der russischen Invasion der souveränen und unabhängigen Ukraine durch die
64 internationale Gemeinschaft. Jede Form der Unterstützung für die russische Invasion in der
65 Ukraine wird durch das EGBW klar verurteilt.

66 3. Die Bewahrung von Bildung und Frieden als Werte, unter Anerkennung der zentralen Rolle
67 der Bildungsgewerkschaften bei der Förderung von Frieden und Demokratie.

68 4. Die Gewährung humanitärer und jeder sonstigen Unterstützung für die Ukraine und ihre
69 Bevölkerung, um die sozioökonomischen Strukturen, einschließlich des Bildungssystems,
70 wiederaufzubauen, sowie die Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur
71 Unterstützung derjenigen, die aufgrund des Krieges aus ihrem Land fliehen, unter
72 Berücksichtigung der besonderen Gefahren für ältere Menschen, Frauen und Kinder
73 (einschließlich unbegleiteter Minderjähriger).

74 5. Die Unterstützung von Schul- und Hochschullehrkräften und allen sonstigen
75 Bildungsfachleuten, die sich in ihren Ländern für den Frieden und gegen den Krieg gegen die
76 Ukraine aussprechen und deshalb Repressalien ausgesetzt sind.

- 77 6. Die Aufnahme aller Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern, unabhängig von
78 ihrer Nationalität, Hautfarbe, ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder ihrem sonstigen
79 Hintergrund, und die Gewährleistung, dass alle zugewanderten Kinder und Jugendlichen eine
80 qualitativ hochwertige inklusive Bildung und jede notwendige Unterstützung gemäß ihren
81 Bedürfnissen erhalten, z. B. sprachlich, psychologisch, kulturell.
- 82 7. Die Gewährleistung des Zugangs von Geflüchteten und Zugewanderten sowie ihrer
83 Familienangehörigen zum Arbeitsmarkt und zu den sozialen Unterstützungssystemen in den
84 Aufnahmeländern, einschließlich der Akkreditierung und Anerkennung der Qualifikationen
85 von geflüchteten Schul- und Hochschullehrkräften, Forschenden und sonstigem
86 Bildungspersonal sowie das Angebot von Schnellkursen und der notwendigen
87 kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung, um diese Menschen so schnell wie möglich für
88 die Arbeit in den Bildungssystemen ihrer Aufnahmeländer zu qualifizieren.
- 89 8. Umfangreiche Investitionen in die Bildung, um Lehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal bei
90 ihrer Arbeit zu unterstützen und sie entsprechend auszustatten, damit sie den
91 unterschiedlichen Bedürfnissen zugewanderter Schülerinnen und Schüler gerecht werden
92 und die Inklusion, die Vielfalt und den interkulturellen Dialog in den Bildungseinrichtungen in
93 ganz Europa fördern können.
- 94 9. Dass Bildung in Form von Friedenserziehung, politischer Bildung, der Förderung von
95 kritischem Denken und sozialer Verantwortung, die auf den Grundsätzen von Inklusion,
96 Toleranz, interkulturellem Dialog, Menschenrechten, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung
97 basiert, in allen europäischen Ländern weiterhin zu friedensschaffenden Prozessen und zur
98 Prävention von Konflikten beitragen muss.
- 99 10. Dass Friedenserziehung und politische Bildung in allen europäischen Bildungssystemen von
100 klein auf stattfindet und dass Lehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal angemessen
101 vorbereitet werden, damit sie über das notwendige Wissen und die Fähigkeiten verfügen, um
102 Werte wie Frieden, gegenseitigen Respekt, Verständnis und Toleranz vermitteln zu können.
- 103 11. Eine starke gegenseitige Unterstützung, Kooperation und einen starken sozialen Dialog
104 zwischen Bildungsgewerkschaften, Regierungen auf allen Ebenen, dem Bildungspersonal und
105 Familien als Voraussetzung für die Verankerung des Friedens in den Köpfen der Menschen
106 und in der Gesellschaft insgesamt.
- 107 12. Die Bekräftigung der grundlegenden Werte des EGBW und seiner Mitgliedsorganisationen,
108 unseres Glaubens – auch angesichts von Konfliktsituationen – an die Würde des Einzelnen und
109 an das Recht, in Frieden zu leben, und ~~der~~ die Notwendigkeit, sich weiterhin für die
110 Menschenrechte und insbesondere für das Recht von Kindern auf Bildung und
111 Zukunftshoffnung einzusetzen.